FOOD FIRST

NR. 1/16

AGRARWENDE - EINE ANDERE AGRARPOLITIK IST NÖTIG!

BLICK IN DIE ZUKUNFT: WIR LÄUTEN DIE AGRARWENDE EIN
Seite 2

MENSCHENRECHTE STATT MILCHSCHWEMME: FIAN UNTERSTÜTZT BÄUERLICHES MILCH-MANIFEST
Seite 4

REPORTAGE: SIERRA LEONE OHNE LAND UND OHNE GELD
Ab Seite 14

FIAN

INT. MENSCHENRECHTS ORGANISATION FÜR DAS RECHT SICH ZU ERNÄHREN

Magazin für das Menschenrecht auf Nahrung von FIAN Österreich

10.JUNI 2016
19:00 UHR

ALTES KINO IM SANDLEITENHOF, 1160 WIEN

ENTMÜNDIGTE KUNST und ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT - gegen den Strom

SELBSTBESTIMMTES LEBENSMITTELSYSTEM ODER AN DER LEINE DER KONZERNE VEGETIEREN

GUTES LEBEN FÜR ALLE
Dialogreihe

SHALINI RANDERIA: Gute Rechte für alle!? - Chancen und Gefahren (menschen-) rechtsbasierter Entwicklungsstrategien

Rechtsbasierte Entwicklungsstrategien sind gleichermaßen bei neoliberalen GegnerInnen von Staatsinterventionismus als auch bei MenschenrechtsaktivistInnen beliebt. Während Parlamente und Regierungen an Vertrauen verlieren, wachsen die Erwartungen gegenüber der Justiz, die als Garantin von Rechten gesehen wird. Was sind die Chancen, was sind die Gefahren dieses Ansatzes? Bietet er Potential für eine Entwicklungsstrategie hin zu einem guten Leben für alle – lokal, national und weltweit?

Shalini Randeria ist Rektorin des Instituts für die Wissenschaften vom Menschen (IWM), Wien und Professorin für Sozialanthropologie und Soziologie, Graduate Institute of International and Development Studies, Genf

Kommentare:
Verena Madner, Universitätsprofessorin für öffentliches Recht, Umweltrecht, Public and Urban Governance am Department Sozioökonomie der WU Wien
Brigitte Reisenberger, Geschäftsleiterin von FIAN Österreich (Internationale Menschenrechtsorganisation für das Recht auf Nahrung)

Eine Veranstaltung der Trägerorganisationen des Gutes Leben für alle-Kongresses in Kooperation mit der Volkshochschule Wiener Urania

Montag, **20. Juni** 2016, 19:00 Uhr
Volkshochschule Wiener Urania,
Uraniastraße 1, 1010 Wien, Mittlerer Saal

Personalia

Das FIAN Büroteam wird seit März 2016 von Mag.a Melanie Oßberger als Projektleiterin von „Menschenrechte ins Ernährungssystem" unterstützt. Melanie war bisher als Journalistin, politische Referentin und Projektkoordinatorin tätig. 2015 arbeitete sie als Deutschlehrerin und NGO-Consultant in Chile. Melanie ist feministisch, ökologisch und solidarisch bewegt. Die Mutter einer kleinen Tochter möchte mit ihrem politischen Engagement und ihrer Arbeit bei FIAN für eine bessere Welt kämpfen, die nicht nur möglich, sondern schlichtweg nötig ist.

Erneuerungen im Vorstand von FIAN Österreich

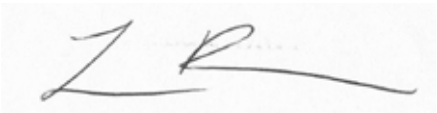
Auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung von FIAN Österreich hat sich der Vorstand neu gemischt: Wir bedanken uns für die tatkräftigen Unterstützung und die wertvolle Arbeit von Maria Kaufmann Christiane Löper und freuen uns, dass sie beide sich auch weiterhin als FIANistas engagieren werden. Gleichzeitig freuen wir uns mit Helmar Böhnlein ein neues Gesicht im Vorstand begrüßen zu dürfen. Wir heißen ihn als neuen stellvertretenden Kassier herzlich willkommen.

EDITORIAL

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

dass es einer Kehrtwende der europäischen Agrarpolitik bedarf, zeigt sich in den letzten Monaten sehr drastisch an der Milchkrise. Märkte im Globalen Süden mit Exporten zu Dumpingpreisen anzuvisieren ist eine Sackgasse und gefährdet das Recht auf Nahrung. Heimische Bauern und Bäuerinnen – und ihre Kolleg_innen weltweit - sind durch niedrige Preise zunehmend in ihrer Existenz bedroht. Um dem Lösungsvorschläge entgegenzusetzen haben wir mit der „Wir haben es satt"-Plattform die Agrarwende eingeläutet, sowie das bäuerliche Milch-Manifest unterstützt. Mehr dazu lesen Sie in unserem Schwerpunkt ab Seite 2. Doch nicht nur in der Agrar- und Handelspolitik sollte der Menschenrechtsansatz verankert sein, auch für die Entwicklungspolitik muss er die entscheidende Grundlage sein. Wie schnell sich Institutionen aus der Verantwortung ziehen, zeigt sich auf traurige Weise am Beispiel des Addax-Falls in Sierra Leone. Dort wurden großen Landflächen zum Anbau von Zuckerohr zur Bioethanolproduktion für europäische Märkte verpachtet. Das durch Entwicklungsinstitutionen unterstütze Projekt erwies sich als nicht so rentabel wie geplant, nun sind die Menschen ohne Jobs, Geld und ohne Land zurückgelassen worden. FIAN begleitet den Fall seit drei Jahren und war Anfang April auf Recherchereise. Unsere Reportage finden Sie auf Seite 10. Des Weiteren warten auch diese Ausgabe wieder interessante Lektüreempfehlungen (Seite 12), Berichte zu unseren Aktivitäten in Österreich und weltweit sowie Neuigkeiten bei FIAN International (Seite 16) auf Sie.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.



Linnéa Richter,
Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit FIAN Österreich,
im Namen des Redaktionsteams

THEMA - AGRARWENDE

2 Blick in die Zukunft: Die „Wir haben es satt" - Plattform läutet die Agrarwende ein

4 FIAN unterstützt bäuerliches Milch-Manifest

6 Tagung „Menschenrechte ins Ernährungssystem"

FIAN WELTWEIT

7 Tod einer Ikone: Berta Cáceres

8 Brasilien: Die Vertreibung der Guarani-Kaiowá

9 Karawane durch Westafrika - Zeichen setzen für die Rechte auf Land, Wasser und Saatgut

10 Sierre Leone: Ohne Land und ohne Geld

12 Lesetipps

FIAN AKTIV

13 Petition: NEIN zu Patente auf Pflanzen und Tiere

13 Ernährungssouveränität jetzt: 2. Europäisches Nyéléni Forum in Cluj, Rumänien

14 Asyl: Österreich verletzt Menschenrecht auf Nahrung

FIAN INTERN

16 Indonesien: FIAN bekommt Zuwachs

16 Neue Generalsekretärin: Sofía Monsalve Suárez

17 FIAN Mitglieder zeigen ihr Gesicht!

WIR LÄUTEN DIE AGRARWENDE EIN!

PLATTFORM „WIR HABEN ES SATT“ MACHT REISE IN DIE ZUKUNFT UND FEIERT ÖSTERREICHISCHE AGRARWENDE

Mit lautstarker Unterstützung durch Kuhglocken und Blasmusik haben FIAN und die anderen Mitglieder der „Wir haben es satt“-Plattform den Beginn der österreichischen Agrarwende vor dem Austria Center in Wien am 8. 2. 2016 eingeläutet. Für kulinarische Verpflegung und musikalische Unterhaltung war gesorgt, visionäre Festreden wurden gehalten und die Hüften geschwungen. Mit einem Augenzwinkern haben wir auch in die Zukunft geblickt – schon 2020 ist die Agrarwende ein voller Erfolg!

Wir stimmen dem Tagungstitel der Wintertagung des Ökosozialen Forum voll zu: „Billig gibt's nicht. Irgendwer zahlt immer (drauf)!“ Das Problem wurde richtig erkannt. Doch die vorgeschlagenen Lösungswege unterscheiden sich maßgeblich. Während auf der Tagung über Kennzeichnung von Fleisch in der Gastronomie diskutiert wurde, fordern wir eine grundlegende Neuorientierung in der Agrarpolitik – die Agrarwende. Diese beinhaltet unter anderem die Ausrichtung der Landwirtschaft an agrarökologischen Prinzipien, Abkehr von der Weltmarktorientierung und den Fokus auf die Förderung einer kleinstrukturierten, regional verankerten und vielfältigen Landwirtschaft. Vor dem Hintergrund der vielschichtigen Probleme in der Landwirtschaft und innerhalb des Ernährungssystems, wie Klimawandel, Wachstumsdruck, Milchkrise und Aufgabe von Höfen, muss Agrarpolitik gesamtgesellschaftlich gedacht werden. Um das Recht auf Nahrung und Ernährungssouveränität zu verwirklichen, müssen sich alle Politikbereiche an den Menschenrechten ausrichten – so auch Handels-, Energie- und Entwicklungspolitik. So bedeutet die Agrarwende auch eine Neuorientierung in der weltweiten Handelspolitik an zivilgesellschaftlichen Forderungen und zugunsten der Handlungsfähigkeit von Ländern des Südens.

Die Möglichkeit, bei Verletzungen der wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechte auf UNO-Ebene Individualbeschwerdeverfahren gegen die österreichische Regierung einzubringen, wäre ein Meilenstein, um diesem Ziel näher zu kommen. Da verwundert es nicht, dass dieser Meilenstein in unserer Zukunftsvision 2020 bereits umgesetzt wurde. Auf welche weiteren positiven Erfolge die Agrarwende in vier Jahren zurückblicken kann, können Sie in der Zeitung der Zukunft – der BauernPost – lesen, die dieser Ausgabe des FOODFirst Magazins beigelegt ist. Die „Unabhängige BauernPost“, die die Plattform „Wir haben es satt“ am 8.2. veröffentlichte, wirft einen Blick in die Zukunft: Die Artikel der BauernPost beschreiben die Weichenstellungen und Änderungen der Agrar- und Ernährungspolitik aus der Perspektive von 2020, vier Jahre nach der heuer eingeläuteten Agrarwende.

Linnéa Richter, Mitarbeiterin FIAN Österreich

BAUERNPOSTLER_INNEN GESUCHT!

Wer kennt die österreichische Bauernzeitung? Jetzt gibt's die „Unabhängige BauernPost"! Die guten Nachrichten sind draußen, nun müssen sie noch unter die Leute gebracht werden! Wir suchen noch BauernPostler_innen, die die Nachrichten der gelungenen Agrarwende auf Veranstaltungen, in der Nachbarschaft, in Vereinen, am Stammtisch, unter Freund_innen und Bekannten verbreiten.

Sie möchten uns unterstützen?

Schreiben Sie eine E-Mail mit Ihrer Adresse und gewünschter Stückzahl an office@fian.at. Wir schicken Ihnen die Exemplare kostenlos zu.

KAMPAGNE BAUERN UND BÄUERINNEN GEGEN TTIP

Die Kampagne „Bauern und Bäuerinnen gegen TTIP" wächst und gedeiht. Der Widerstand gegen sogenannte Freihandelsabkommen wie CETA und TTIP zieht sich breit durch die Gesellschaft. Wir müssen den Druck aufrechterhalten bzw. weiter erhöhen. Bedrohung bäuerlicher Existenzen, Gentechnik und Hormonfleisch – dagegen müssen wir uns wehren!

Aktion Videobotschaft „Was bedeutet CETA/ TTIP für Bauern und Bäuerinnen"

An alle Bauern und Bäuerinnen – wir wollen eure Stimme sichtbar machen. Bitte nehmt dazu ein Smartphone oder andere Geräte zum Videoaufzeichnen und filmt euch selbst bei der Beantwortung folgender drei Fragen:

- Wer bin ich und was mache ich?
- Warum bin ich gegen CETA/TTIP?
- Welche Handels-/Landwirtschaftspolitik wünsche ich mir stattdessen?

Das Video sollte maximal 30 Sekunden dauern. Dieses wird anschließend auf der „Bauern und Bäuerinnen gegen TTIP" Facebookseite und anderen sozialen Medien geteilt und somit den Widerstand von Bauern und Bäuerinnen sichtbar gemacht. Einfach eine Email an:

info@bauern-und-baeuerinnen-gegen-ttip.at

FIAN UNTERSTÜTZT BÄUERLICHES MILCH-MANIFEST

ÜBERPRODUKTION UND EXPORTOFFENSIVE BEDROHEN RECHT AUF NAHRUNG

FIAN Österreich unterzeichnete am 31. März als Teil eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses mit Milchbäuerinnen und -bauern das Milch-Manifest der IG Milch, der ÖBV – Via Campesina Austria und der Grünen Bauern und Bäuerinnen am Milchfest in Wien. Mit lauten Kuhglocken wurde an dem sonnigen Tag bei Butterbrot, Milch und Würsteln die gesellschaftliche Unterstützung der milchproduzierenden Bauern und Bäuerinnen eingeläutet.

Milchmarktkrise bedroht bäuerliche Existenzen in Nord und Süd

Die Existenz vieler milchproduzierender Betriebe in Österreich steht auf dem Spiel. Durch die Liberalisierung der Milchmärkte kommt es zu einer Überproduktion und rasant fallenden Milchpreisen. Die propagierten Lösungen der EU – Produktivitätssteigerungen und Exportorientierung – setzen die bäuerliche Milchproduktion nicht nur in Europa, sondern auch global unter Druck. Hoch-industrialisierte europäische Milchprodukte landen zu Dumpingpreisen auf lokalen Märkten in Asien und Afrika. Der Großteil der Exportmengen wird überhaupt erst durch den Futtermittelimport möglich. So treibt diese Politik nicht nur kleine Milchbäuer_innen in Österreich, sondern auch ihre Kolleg_innen in Asien und Afrika in den Ruin. Das ist am Beispiel Indiens zubeobachten: Große europäische Unternehmen kaufen Molkereien auf und zerstören so die genossenschaftlichen, kleinbäuerlichen Strukturen im Land. Erst bei einer gemeinsamen Veranstaltung von FIAN Österreich, der IG-Milch und ÖBV–Via Campesina Austria im Jänner berichtete Kannaiyan Subramaniam, Milchbauer aus Tamil Nadu, über den steigenden Druck auf den indischen Milchsektor. Er setzt sich für Solidarität von europäischen Milchbäuer_innen mit ihren indischen Kolleg_innen ein.

Es braucht politische Steuerung

Die Politik beteuert in der Milchpreisdebatte immer wieder, „die Politik macht keine Preise, sondern der Markt". Dies ist bequem, aber falsch. Die Politik ist für die Gesetzgebung verantwortlich und die

Simone Peter aus dem Vorstand von FIAN Östererich unterschrieb das Milch-Manifest für uns. Angestoßen auf den feierlichen Moment, wurd natürlich mit einem frischen Glas faire Milch.

Gesetzgebung regelt die Rahmenbedingungen. Es ist daher notwendig und ein gesellschaftliches Anliegen, dass wir, in Österreich, die Rahmenbedingungen für eine vernünftige Landwirtschaft definieren. Dabei ist eine Mengensteuerung die einzige Alternative.

Gesellschaftliches Bündnis für Kehrtwende in der Milchpolitik

Hinsichtlich Wertschöpfung und Beschäftigung ist die Milchproduktion in Österreich der wichtigste landwirtschaftliche Bereich. Die zentrale Bedeutung der Milchproduktion für Österreichs Landwirtschaft und Wirtschaft, sowie die globalen Folgen der europäischen Politik erfordern Verständnis auf breiter Ebene. Nur durch ein gesellschaftliches Bündnis zwischen Konsument_innen, Bäuer_innen, der Lebensmittelwirtschaft, aber auch der Politik, können die Weichen richtig gestellt werden – hin zu einer Agrarpolitik, die das Recht auf Nahrung in Asien und Afrika nicht gefährdet. Staaten sind den Menschenrechten verpflichtet. Sie zu schützen, zu respektieren und zu gewährleisten muss in allen Politikbereichen garantiert werden – auch in der Landwirtschaft. Wir brauchen eine Politik, welche die Menschenrechte statt der Milchschwemme fördert. FIAN Österreich zeigt sich daher solidarisch mit den Forderungen der österreichischen Milchbauern und -bäuerinnen und setzt sich für existenzsichernde Löhne von Milchbäuer_innen in Nord und Süd und für eine Abkehr der Exportorientierung der europäischen Agrarpolitik ein.

Linnéa Richter, Mitarbeiterin FIAN Österreich

Das Milchmanifest können Sie hier lesen:

WWW.WIRHABENESSATTAUSTRIA.WORDPRESS.COM/MILCH-MANIFEST

WIR HABEN ES SATT

TAGUNG: MENSCHENRECHTE INS ERNÄHRUNGSSYSTEM

Mit und als Teil der „Wir haben es satt" Plattform lud FIAN Österreich am 16. Februar ins Albert-Schweitzer-Haus in Wien zu einem Tag voller Diskussionen und Informationen ein. Im Zentrum standen aktuelle Konflikte im Ernährungs- und Agrarsystem sowie alternative Handlungsoptionen für ein menschenrechtskonformes Ernährungssystem.

Die Tagung war mit über 180 Teilnehmenden gut besucht. Das Publikum reichte von Studierenden über NGO-Mitarbeiter_innen, Umweltorganisationen und Bäuer_innen bis hin zu Vertreter_innen aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Nach einer Einführung von Flavio Valente zur Entwicklung des zunehmenden Einflusses von Konzernen auf politische Entscheidungsgremien – auch unter dem Begriff „Corporate Capture" bekannt – gab es drei Panels zu Agrar-, Handels- und Entwicklungspolitik. Bei der abschließenden Podiumsdiskussion ging es um aktuelle Spannungsfelder im Ernährungssystem zwischen Menschenrechten und Konzerninteressen.

Auf allen drei Panels und der Abschlussdiskussion wurde die Notwendigkeit politischer Entscheidungen betont, um die Menschenrechte in allen Bereichen über Konzerninteressen zu stellen. Die Verantwortung darf nicht auf Konsument_innen abgeschoben werden. Konkret heißt das, Produktionsregulierung statt Wachstumswahn in der Agrarpolitik, um kleinbäuerliche Landwirtschaft in Nord und Süd zu fördern statt zu zerstören, menschenrechtskonforme Handelspolitik statt undemokratischer Handelsabkommen wie TTIP und CETA und den Menschenrechtsansatz in der Entwicklungszusammenarbeit stärker zu verankern sowie Beschwerdemechanismen für Betroffene von Menschenrechtsverletzungen einzuführen.

Die Tagungsdokumentation finden Sie auf:

WWW.WIR-HABEN-ES-SATT.AT

Linnéa Richter, Mitarbeiterin FIAN Österreich

TOD EINER IKONE

BERTA CÁCERES

Berta Cáceres lebt!, unter diesem Motto stand ein internationales Treffen von 500 Vertreter_innen von Volks- und Indigenenorganisationen, das Mitte April in Honduras der ermordeten Aktivistin gedachte und die Aufklärung des Verbrechens forderte. Dieser Forderung schloss sich gleichzeitig das Europaparlament in einer Eilresolution an. Die Europaabgeordneten sehen einen klaren Zusammenhang zwischen der Repression gegen Aktivist_innen in Honduras und deren Widerstand gegen die Durchsetzung von Großprojekten, die maßgeblich von europäischen Investitionen und Technologien abhängen.

In der Nacht vom 2. auf den 3. März drangen zwei Bewaffnete in das Wohnhaus von Berta Cáceres im Bezirk Líbano des honduranischen Städtchens La Esperanza ein und erschossen sie. Berta Cáceres vom Volk der Lenca war schon vorher eine Ikone. Eine Ikone des indigenen Widerstands gegen Umweltzerstörung, die bewiesen hat, dass gewaltfreier Protest etwas bewirkt, auch wenn er immer wieder gewaltsam verfolgt wird.

Die Mitbegründerin des indigenen Dachverbandes COPINH hatte sich sowohl die Regierung als auch die mächtigen Konzerne zu Feinden gemacht. Jahrelang hatte sie den Widerstand gegen das Kraftwerksprojekt Agua Zarca am Río Gualcarque angeführt und durch eine Straßenblockade erfolgreich verzögert. Immer wieder war sie von Sicherheitsleuten des Kraftwerksunternehmens DESA und Polizisten bedroht worden. Umso befremdlicher, dass die Behörden nach ihrer Ermordung in eine einzige Richtung ermittelten. Das Verbrechen soll eine interne Abrechnung gewesen sein.

Inzwischen haben sich zwei europäische Investoren aus dem Projekt zurückgezogen. Das honduranische Unternehmen DESA lässt aber nicht locker und bedroht jetzt die Nachfolger von Berta Cáceres. Eine Demonstration vor der Baustelle am 15. April wurde von privaten Sicherheitsleuten auseinandergeprügelt, COPINH-Aktivisten bedroht, sie würden das gleiche Schicksal erleiden, wie Berta Cáceres.

Ralf Leonhard, Vorstandsmitglied FIAN Österreich

Berta Caceres war international eine wichtige Ansprechpartnerin für FIAN. Wir verurteilen den Mord an Berta Cáceres aufs schärfste und fordern Aufklärung, internationalen Druck und Sicherheit für Menschenrechtsaktivist_innen. Zuletzt war sie im Vorfeld des Rio+20 Gipfels im Juni 2012 in Wien und hat eindrucksvoll über die Gefahren der Green Economy und den indigenen Widerstand gegen den Ausverkauf von Wasser, Wald und Land in Honduras berichtet. Zusammen mit anderen Initiativen in Österreich durften wir ihren Besuch in Österreich ausrichten und sie für unser FOODFirst Magazin interviewen. Über 120 zivilgesellschaftliche Organisationen aus der ganzen Welt richteten sich mit einem offenen Brief an Federica Mogherini, Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, und Cecilia Malmström, EU-Kommissarin für Handel. In dem Brief fordern die Organisationen die EU auf, eine unabhängige internationale Untersuchung zum Mord an Berta Cáceres zu unterstützen und den Prozess in Honduras durch die EU-Delegationen, Botschaften und Konsulate der EU-Mitgliedstaaten neben anderen Maßnahmen zu begleiten und zu überwachen. In einem weiteren offenen Brief fordert die Zivilgesellschaft den Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) auf, eine unabhängige, unparteiische und transparente Untersuchung der Ermordung von Berta Cáceres, unter der Autorität von der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte (IACHR), zu unterstützen. Trotz der Bemühungen honduranischer und internationaler Gruppen der Zivilgesellschaft für eine professionelle und unabhängige Untersuchung, sind die Reaktionen des Staates Honduras bisher nicht zufriedenstellend, obwohl kürzlich erste Verdächtige verhaftet wurden. In Übereinstimmung mit der Familie von Berta Caceres und dem Civic Council of Popular and Indigenous Organizations of Honduras (COPINH), verweisen Organisationen und soziale Bewegungen auf die IACHR als die "geeignete, um internationale Unterstützung für die Untersuchung zur Verfügung zu stellen".

GEWALT ESKALIERT

GUARANI-KAIOWÁ IN BRASILIEN VON VERTREIBUNG BEDROHT!

Die Guarani-Kaiowá wurden zu Beginn des 20. Jahrhunderts aus ihren traditionellen Territorien verdrängt und gezwungen, in Reservaten zu leben. In den letzten Jahren bemühen sie sich verstärkt darum, auf ihre traditionellen Gebiete zurückzukehren. Dieses Recht steht ihnen laut der brasilianischen Verfassung von 1988 zu. Die Verfassung sah die Demarkierung aller indigenen Gebiete innerhalb von fünf Jahren vor. Gegen diese Demarkierung gibt es jedoch massiven Widerstand von Seiten der stark wachsenden Agrarindustrie, vor allem Soja- und Zuckerrohranbau sowie Rinderzucht, so dass die Guarani-Kaiowá in den letzten Jahren zunehmend gewaltsamen Konflikten ausgesetzt sind. Aufgrund des fehlenden Zugangs zu Land können sich viele Guarani-Kaiowá nicht selbst ernähren. Hunger, Unterernährung, Selbstmorde und Morde an indigenen Aktivist_innen prägen den Alltag der Gemeinden.

Am 13. Januar 2016 besetzte die Guarani-Kaiowá-Gemeinde Takwara des Bezirks Juti/ Mato Grosso do Sul, ihr angestammtes Land. Seit der Besetzung des Landes wurde die Takwara Gemeinde mehrfach von Bewaffneten angegriffen. Am 25. Januar 2016 erhielt die Gemeinde eine gerichtliche Anordnung vom Bezirksgericht von Naviraí mit der Aufforderung das von ihnen besetzte Land wieder zu verlassen. Eine neue Welle der Gewalt erfolgte im März, als die Indigene Isael Reginaldo bei einem bewaffneten Angriff, durch Großgrundbesitzer auf das Dorf Ita Poty im Bundesstaat Mato Grosso do Sul, angeschossen wurde. Erst zwei Tage zuvor kam es zu einem gewaltsamen Angriff auf das Kaiowá Dorf Kurusu Ambá. Nur wenige Stunden vor dieser Tat hatte die UN-Sonderberichterstatterin für die Rechte indigener Völker, Victoria Tauli-Corpuz, diese Gemeinschaft besucht.

Nach einer Zuspitzung von Angriffen und Landvertreibungen in den letzten Monaten befinden sich mehrere Gemeinden in einer Notlage. Große Teile der Gemeinschaft haben keinen ausreichenden Zugang zu Nahrungsmitteln und zu Wasser, was vor allem Kinder betrifft. Der staatlich zuständigen Behörde FUNAI gelingt es nicht die notwendige Hilfe sicherzustellen.

Eine Parlamentarische Untersuchungskommission wurde erstellt, um den kirchlichen Indigenen-Rat CIMI (Conselho Indigenista Missionário) zu untersuchen. Die Kommission genehmigte die Offenlegung ihrer Bankkonten, Steuerabgaben und Kommunikationspapiere. FIAN international und FIAN Brasilien bewerten dies als Kriminalisierung von Menschenrechtsaktivist_innen.

Bei einem offiziellen Besuch in Brasilien deuteten deutsche Parlamentarier Anfang April auf die legislativen Maßnahmen hin, welche die Rechte der indigenen Gruppe Guaraní-Kaiowá gefährden und hoben deren aktuelle Konfliktsituation in Mato Grosso do Sul hervor.

FIAN Deutschland, gekürzt und verändert von Linnéa Richter, Mitarbeiterin FIAN Österreich

KARAWANE DURCH WESTAFRIKA

ZEICHEN SETZEN FÜR DIE RECHTE AUF LAND, WASSER UND SAATGUT

Unter dem Motto „Kämpfe um Land, Wasser und traditionelles Saatgut – ein gemeinsamer Kampf!" (Lutte pour la Terre. L'Eau et les Semences paysannes – une lutte commune!) zog die Karawane, initiiert von der Global Convergence of Land and Water Struggles – Plattform Westafrikas, für zwei Wochen von Burkina Faso über Mali bis in den Senegal. In allen Ländern wurden Aktivitäten organisiert.

Die Karawane wies auf die vielfältigen Bedrohungen kleinbäuerlicher Landwirtschaft und des Rechts auf Nahrung hin. Mit Hilfe von Workshops, Demonstrationen und Treffen mit Behörden zu den Themen Land, Wasser, Saatgut, Frauen, Migration und bewaffneten Konflikten konnten tausende Menschen mobilisiert werden. Zusammen mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen unterstützte FIAN die Karawane. „Gesetze, die Land, Wasser und Saatgut betreffen, müssen den Menschen und Kleinbäuer_innen zu Gute kommen. Aus diesem Grund unterstützen wir diese beeindruckende Initiative der Convergence und laden soziale Bewegungen und Gemeinschaften ein, aktiv zu werden", betonte Sofia Monsalve Suárez, FIAN Generalsekretärin.

Die Reise endete am 19. März in Senegals Hauptstadt Dakar, wo direkt im Anschluss an die Karawane die jährliche internationale Konferenz des Global Network for the Right to Food and Nutrition stattfand. Dort wurde der senegalesischen Regierung, die derzeitig den Vorsitz der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) innehat, das sogenannte Convergence Book übergeben. Dieses „Buch" beinhaltet eine Analyse der Probleme in Westafrika, insbesondere aber auch eine andere Vision sowie Forderungen und konkrete Lösungsvorschläge der Karawane in Bezug auf Land-, Wasser- und Saatgutfragen. Mit diesem Buch werden die westafrikanischen Regierungen aufgerufen, natürliche Ressourcen vor der Ausbeutung durch transnationale Konzerne sowie anderer Akteur_innen zu schützen. Sie sollen Kleinbäuer_innen, Fischer_innen, Frauen und junge Menschen im Kampf für den Zugang zu und die Kontrolle über natürliche Ressourcen unterstützen. Aber auch internationale Institutionen, ausländische Regierungen und Fördergeber_innen der Entwicklungszusammenarbeit müssen im Einklang mit ihren menschenrechtlichen Verpflichtungen handeln und bäuerliche Landwirtschaft stärken.

Die Global Convergence ging aus Mobilisierungen während des Afrikanischen Sozialforums in Dakar 2014, sowie dem Weltsozialforum in Tunis 2015 hervor, während der die gemeinsame Erklärung „Land and Water Rights, a common struggle" verabschiedet wurde. Ihre wichtigsten Prinzipien sind Ernährungssouveränität, Menschenrechte und Agrarökologie. Im Juni 2015 gründeten westafrikanische Bewegungen und Organisationen die westafrikanische Plattform der Convergence und beschlossen als erste gemeinsame Aktion eine Karawane zu organisieren. Die Global Convergence – West Africa besteht aus mehr als 300 Organisationen und Netzwerken, die Menschen vertreten, die von Land und Water Grabbing in ländlichen sowie städtischen Gebieten betroffen sind; Menschen, die aus Bezirken zwangsgeräumt werden; Jugendliche; Frauen sowie NGOs der 15 ECOWAS Staaten und dem Bereich der West African Economic and Monetary Union (UEMOA).

Jasmine Adu-Atwere, Praktikantin FIAN Österreich

Homepage der Karawane:
WWW.CARAVANETERREEAU.INFO

REPORTAGE: SIERRA LEONE

OHNE LAND UND OHNE GELD

Anfang April traten Ralf Leonhard, Fallarbeitsbeauftragter im Vorstand von FIAN Österreich und Brigitte Reisenberger, Geschäftsleiterin von FIAN Österreich, eine Recherchereise nach Sierra Leone an. Im Norden des Landes wurden für ein Projekt des Schweizer Unternehmens Addax BioEnergy riesige Flächen Land für den Zuckerrohranbau zur Produktion von Bioethanol verpachtet, hauptsächlich für den Export nach Europa. FIAN Österreich arbeitet bereits seit 2013 zu diesem Fall.

Die Bioethanolproduktion von Addax gilt als Vorzeigeprojekt. Zahlreiche europäische Entwicklungsbanken haben dieses Projekt mit Krediten oder Zuschüssen unterstützt. Auch die Österreichische Entwicklungsbank, die im Jahre 2010 einen Zehn-Millionen-Euro-Kredit in den Emerging African Infrastructure Fund einzahlte, der bei verschiedenen europäischen Entwicklungsbanken Geld einsammelte und damit die Anschubfinanzierung für das Addax-Projekt in Sierra Leone leistete.

Addax fasst Fuß in Sierra Leone

Addax BioEnergy ist eine Tochter von AOG, einer Ölfirma in Genf. Konzernchef Jean Claude Gandur ist Multimilliardär. Er kannte Sierra Leones Präsident Ernest Bai Koroma aus dem Ölgeschäft und wurde eingeladen, die günstigen Investitionsbedingungen des kleinen westafrikanischen Landes zu nützen. Als eines der am wenigsten entwickelten Länder genießt es auch Zollprivilegien für den Export in die Europäische Union, die damals eine zehnprozentige Beimischungsquote für Agrotreibstoffe angepeilt hatte.

Addax schickte also seine Leute, flankiert von wortgewandten Anwälten nach Sierra Leone, die mit der Regierung und den regionalen Verwaltungsbehörden, den Bezirksräten und Chiefdoms in Gespräche eintraten. Man schrieb das Jahr 2009. Zuletzt wurden auch die betroffenen Gemeinden informiert. Die Botschaft lautete, so erinnert sich Bafudi Kamara, Ortsvorsteher von Kolisoko, der Staatspräsident wünsche, dass man das Land an Addax verpachte. In anderen Dörfern schildert man den Druck noch drastischer. Selbst ein Parlamentsabgeordneter sei ins Dorf gekommen und habe mitten in der Nacht gebrüllt: „Wenn ihr das jetzt nicht unterschreibt, dann geht es euch schlecht".

Man sei daran gewöhnt, den Wunsch der übergeordneten Stellen zu befolgen, sagt Bafudi. Also habe man unterschrieben. Noch bevor der Vertrag aufgesetzt war, hatte Addax die erste Plantage für Zuckerrohrsetzlinge auf dem Gebiet der Gemeinde Lungi Acre angelegt. Dann ging es zügig an die Arbeit: Wäldchen wurden abgeholzt, Bäche zugeschüttet, Unebenheiten planiert, Straßen verlegt, damit die Traktoren ungehindert arbeiten und die Kreisberegnungsanlagen aufgestellt werden konnten.

Anfänglicher Optimismus wird zur großen Enttäuschung

Im Dorf Kolisoko habe anfänglich Optimismus geherrscht, so Suleyman Masari, ein 53-jähriger Bauer: „Addax hat uns erklärt, sie würden uns aus der Armut befreien. Sie sagten, sie bräuchten unser Land, um die Armut zu beseitigen und die Kinder in die Schule zu schicken. Und alle Söhne und Töchter von Landeigentümern würden angestellt".

Die Zustimmung sei groß gewesen. Man träumte von Fortschritt, Entwicklung und der Erlösung von der mühsamen Feldarbeit, die gerade einmal das Überleben sicherte. Auf dem Land, das den Gemeinden verblieb, half Addax drei Jahre lang im Rahmen eines Bauernentwicklungsprogramms mit Saatgut und Traktoren nach. Nach Ablauf dieser Zeit wurden die Traktoren zur Miete angeboten. Denn bis dahin, so der Plan, sollten die Bauern und Bäuerinnen auf weniger Land höhere Erträge erzielen und sich den Zukauf von Technologie leisten können.

Wenig später brach die Ebola-Krise aus. Anfangs standen die Behörden der Seuche völlig hilflos gegenüber. Das an und für sich kaputte Gesundheitswesen brach zusammen. Gerade, als die Epidemie nach mehr als einem Jahr abzuebben begann, verkündete Addax im Juni vergangenen Jahres, dass sie ihre Produktion drosseln würden. Die Gelegenheitsarbeiter fanden keine Beschäftigung mehr, die Festangestellten wurden mit 45 Prozent ihrer Bezüge nach Hause geschickt. Als Begründung gab die Firmenleitung an, die Ebola-Krise habe das Unternehmen geschwächt, der Ölpreisverfall habe auch die Rentabilität von Bioethanol beeinträchtigt, die Kosten für die ausländischen Angestellten seien zu hoch und Diebstahl habe die Zuckerrohrernte dezimiert. Den Vorwurf des Diebstahls weisen die Bauern und Bäuerinnen entrüstet zurück. Man könne schwerlich sie verantwortlich machen, wenn statt 80 Tonnen Zuckerrohr pro Hektar nur 30 bis 40 Tonnen geerntet würden.

Seit Projektstart unterstützt das Sierra Leone Network for the Right to Food (SiLNoRF) die Addax-Projektbetroffenen im Kampf um ihre Rechte und ist dabei ein wichtiger Partner für FIAN. Erklärtes Ziel von SiLNoRF ist es das Menschenrecht auf Nahrung in Sierra Leone durchzusetzen. „Land ist dabei ein kritischer Faktor", davon ist Mohammed Conteh, Koordinator der NGO, überzeugt. Besondere Sorge bereitet ihm die vollkommene Abhängigkeit der Gemeinden vom Gutdünken eines Konzerns. Zudem zeige das Scheitern des Projekts von Addax einmal mehr, dass Investitionen in die Agrarindustrie nicht zielführend seien, um breite Teile der Bevölkerung dauerhaft aus der Armut zu heben. „Es braucht Investitionen in kleinbäuerliche Strukturen", bekräftigt er.

Masethle – das Dorf, das sich selbst versorgt

Unter elf besuchten Gemeinden gab es eine einzige, wo sich die Menschen zufrieden zeigten und ein gewisser Wohlstand sichtbar war: Das Dorf Masethle. Dessen Bewohner_innen hatten den Schalmeienklängen von Addax widerstanden und nur etwa ein Viertel ihres Landes verpachtet. Sie produzieren genug Nahrungsmittel, um auf dem Markt von Makeni gute Gewinne zu erwirtschaften. Und aus den Nachbardörfern kommen ständig Leute, die Brennholz und Stöcke für den Hausbau brauchen. Denn deren eigene Wälder sind gerodet. Jahrelang hätten sie dem Druck von Addax standgehalten, erzählen die Dorfältesten. Schließlich seien sie zum entscheidenden Termin mit einem Anwalt erschienen. Addax habe darauf sofort alle Bedingungen akzeptiert.

Der Anwalt Sonkita Conteh arbeitet für die gemeinnützige Kanzlei Namati, die von der George-Soros-Stiftung gesponsert wird. Sie kann ihre Dienste gratis anbieten. Die anderen

Gemeinden hatten sich auf die von Addax bezahlten Anwälte verlassen. „Womit sich diese Anwälte nicht befasst haben", kritisiert Conteh, „ist, dass die Dörfer im Pachtvertrag selbst die Flächen, wo ihre Häuser stehen, und die Hinterhofgärten dem Unternehmen überschrieben haben. Das heißt, Addax hätte sogar das Recht, sie aus ihren Häusern zu vertreiben".

Entsprechend verstörend sind Gerüchte über einen völligen Rückzug von Addax und den Verkauf des Projekts. Landwirtschaftsminister Monty Jones hat Verkaufsverhandlungen mit dem britisch-chinesischen Konzern Sunbird BioEnergy bestätigt. Der Anwalt Conteh fragt sich nun, welche Pläne dieses Unternehmen haben möge, wenn Addax wegen offensichtlicher Unwirtschaftlichkeit aussteigt: „Jeder neue Investor, der in den Vertrag einsteigt, hätte die gleichen Rechte und Verpflichtungen". Also auch die Vertreibung der Dorfbewohner_innen, wenn es die wirtschaftliche Logik erfordert.

Unsichere Zukunft: Wir bleiben dran!

Für die Menschen vor Ort kam der Ausstieg von Addax vollkommen unerwartet. Jetzt steht die lokale Bevölkerung vor einer ungewissen Zukunft. Niemand kann genau abschätzen, was mit dem Projekt und dem Land passieren wird. FIAN unterstützt zusammen mit SiLNoRF die Addax-Projektbetroffenen im Kampf um ihre Rechte. Die vorwiegend europäischen Entwicklungsbanken gehen nun auf Distanz zu ihrem einstigen Vorzeigeprojekt. Sie können und dürfen ihre Mitverantwortung nicht einfach abstreifen. Besonders in diesen unsicheren Zeiten werden wir die Situation vor Ort genau verfolgen und die Forderungen der Dorfbewohner_innen an die Entwicklungsbanken unterstützen.

Ralf Leonhard, Vorstandsmitglied FIAN Österreich

#LESETIPPS

Frauenrechte: Schlüssel zur Hungerbekämpfung

Eine Milliarde Menschen, insbesondere Kleinbäuer_innen, Frauen und Kinder, sind von einem unsicheren Zugang zu Nahrung betroffen. Strukturelle Gewalt und Diskriminierung hindern Frauen daran, ihr Menschenrecht zu verwirklichen sowie zur Ernährungssicherung für alle beizutragen. Dieses Buch fordert Frauenrechte, Gender- und Ernährungsfragen stärker einzubinden in die Konzeption des Rechts auf Nahrungs einzubinden.

Anne C. Bellows, Flavio Valente, Stefanie Lemke, María Daniela Núñez (Hrsg) (2015): Gender, Nutrition, and the Human Right to Adequate Food. Towards an Inclusive Framework. Routledge.

FIAN Publikationen: Rechte von Kleinbäuer_innen

Anlässlich des Internationalen Tages der Menschenrechte am 10. Dezember, veröffentlichte FIAN International drei Hintergrundpublikationen zu den Rechten von Kleinbäuer_innen. Sie geben Einblick in die Verhandlungen über den Text der künftigen UN-Erklärung über die Rechte von Kleinbäuer_innen. Die Inhalte der drei Publikationen sind: Menschenrecht auf Nahrung, Recht auf Land und andere natürliche Ressourcen sowie das Recht auf Souveränität über natürliche Ressourcen, Entwicklung und Ernährungssouveränität.

Publikationsreihe: Rechte von Kleinbäuer_innen. Download unter: http://fian.at/de/artikel/fian-publikationen-rechte-von-kleinbauer_innen/

Wie man zum Umdenken bewegt

Anhand der Kämpfe von Arbeiter_innen in Bangladesch, Gewerkschafter_innen in Kolumbien und der Landbevölkerung im Sudan gegen die Untaten mächtiger Wirtschaftsunternehmen beschreiben Kaleck und Saage-Maaß die Arbeit des ECCHR und von Menschenrechtsanwälten weltweit. Sie schildern, was wir vom Widerstand im globalen Süden lernen können: Neben Streiks und Protesten zwingen auch juristische Verfahren die Firmen zum Umdenken.

Wolfgang Kaleck, Miriam Saage-Maaß (2016): Unternehmen vor Gericht. Globale Kämpfe für Menschenrechte. Wagenbach Klaus GmbH.

Menschenunwürdige Arbeitsbedingungen auf Indiens Teeplantagen

Indiens Teeindustrie beschäftigt mehr als 1,2 Millionen Menschen. Zwei Regionen, Assam und Westbengalen, produzieren zusammen mehr als 70% des indischen Tees. Gleichzeitig haben sie landesweit die schlechtesten Arbeitsbedingungen. Frauen sind besonders betroffen, sie machen 70% der Arbeitskräfte aus. Das Global Network for the Right to Food and Nutrition (GNRTFN) veröffentlichte einen Bericht über die Arbeits- und Lebensbedingungen von Teeplantage Arbeiter_innen in Assam und Westbengalen basierend auf ihrer Fact Finding Mission in der Region.

Global Network for the Right to Food and Nutrition (GNRTFN) (2016): A Life without Dignity – the Price of your Cup of Tea. Download: www.fian.org/library/publication/a_life_without_dignity_the_price_of_your_cup_of_tea/

Vom Kapitalismus auf dem Pfad zum Guten Leben

Das Buch zeigt, wer Reichtum und Ressourcen kontrolliert, wie Konzerne politische und gesellschaftliche Prozesse beeinflussen und wie demokratische Handlungsspielräume eingeengt werden. Es verdeutlicht das Ausmaß wirtschaftlicher Machtkonzentration anhand ausgewählter Fallanalysen. Brigitte Reisenberger von FIAN Österreich hat am Alternativenkapitel über zivilgesellschaftliche Ansätze und menschenrechtliche Strategien mitgeschrieben.

Attac (Hrsg) (2016): Konzernmacht brechen! Von der Herrschaft des Kapitals zum Guten Leben für Alle. Mandelbaum Verlag, Reihe kritik & utopie (1. Auflage). Bestellung via office@fian.at (15 Euro)

PETITION

KEINE PATENTE AUF LEBEN!

Die Kontrolle der Menschen über Saatgut ist eine zentrale Voraussetzung für die Sicherung des Menschenrechts auf Nahrung. Durch die weltweite Ausweitung geistiger Eigentumsrechte wie Patente wird die freie Verfügung über Saatgut schon seit längerer Zeit massiv bedroht. Jetzt lassen sich Saatgutkonzerne herkömmliches Obst und Gemüse patentieren, da ihnen Patente auf gentechnisch manipulierte Pflanzen nicht mehr ausreichen. Sie erhalten damit exklusive Nutzungsrechte auf Lebensmittel, wie Tomaten und Brokkoli. Rund 180 solcher Patente wurden vom Europäischen Patentamt bereits erteilt, etwa 1200 weitere sind beantragt. Patente sind dazu da, um Erfindungen zu schützen, doch die Natur ist keine „Erfindung". Menschenrechte stehen über dem Schutz geistigen Eigentums!

FIAN unterstützt die Petition „Keine Patente auf Pflanzen und Tiere". Sie stellt den klaren Auftrag an die Bundesregierung in Europa gegen unethische Patentierung von Leben vorzugehen. Es braucht eine Überarbeitung des Europäischen Patentübereinkommens und der EU-Biopatentrichtlinie 98/44/EG. Patente auf Pflanzen und Tiere müssen unmissverständlich verboten werden und das Europäische Patentamt darf keine solchen Patente mehr erteilen.

In nur zwei Monaten hat die Petition über 100.000 Unterschriften bekommen. Die bisher gesammelten Unterschriften und Unterstützungserklärungen wurden am Dienstag, den 26. April von Vertreter_innen der Trägerorganisationen ARCHE NOAH, Gewerkschaft PRO-GE und BIO AUSTRIA symbolisch an den ressortzuständigen Infrastrukturminister Gerald Klug überreicht.

Sagen auch Sie NEIN zu Patente auf Pflanzen und Tiere und unterzeichnen Sie die Petition unter

WWW.KEINPATENTAUFLEBEN.AT

Linnéa Richter, Mitarbeiterin FIAN Österreich

ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT JETZT !

2. EUROPÄISCHES NYÉLÉNI FORUM IN CLUJ, RUMÄNIEN

Es gibt nun ein Datum – vom 26. Oktober bis zum 30. Oktober 2016 findet in Cluj, Rumänien, das nächste europäische Form für Ernährungssouveränität statt. Im Moment werden gerade in allen Ländern Europas Ansprechpersonen/-organisationen gesucht und regionale Vorbereitungsprozesse gestaltet. Für die Europäischen Sektionen von FIAN ist Brigitte Reisenberger, Geschäftsleiterin FIAN Österreichs, an diesen Prozessen beteiligt.

Wie bereits vor fünf Jahren beim 1. Nyéléni Europe Forum in Krems wird es auch diesmal wieder eine beschränkte Anzahl an Teilnehmer_innen geben. Und um sicherzustellen, dass die Delegationen auch wirklich alle Themen und Inhalte, die einem Land punkto Ernährung und Landwirtschaft unter den Fingernägeln brennen, nach Cluj mitnehmen, ist ein Vorbereitungsprozess notwendig. Dieser Prozess wird in jedem Land aufgrund der unterschiedlichen Bedürfnisse anders aussehen und ist daher nicht vorgegeben. Hierzulande wird sich Nyéléni Österreich – die österreichische Plattform für Ernährungssouveränität – dieser Aufgabe annehmen. Auch die Zusammenstellung der Delegation und damit die Möglichkeit, in Rumänien dabei zu sein, wird über diesen Prozess passieren.

Wer Interesse hat Teil der österreichischen Delegation zu sein und sich aktiv am Prozess einbringen will, meldet sich für nähere Informationen bei: info@ernaehrungssouveraenitaet.at

ASYL IN ÖSTERREICH

KÜRZUNG DER MINDESTSICHERUNG VERLETZT DAS MENSCHENRECHT AUF NAHRUNG

FIAN kritisiert die Kürzung der Mindestsicherung für Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte. Das Recht auf Nahrung ist Teil des Rechts auf einen angemessenen Lebensstandard, das bereits im Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und im Artikel 11 des Internationalen Pakts für wirtschaftliche und soziale Rechte enthalten ist. Die Österreichische Bundesregierung ist verpflichtet dieses Recht für alle in Österreich lebenden Menschen zu respektieren, zu schützen und zu gewährleisten.

Eine Kürzung der bedarfsorientierten Mindestsicherung auf die Hälfte, wie dies bereits in Oberösterreich und Niederösterreich umgesetzt ist und nun auch auf Bundesebene vorgeschlagen wird, widerspricht neben der EU Grundrechtscharta und der österreichischen Verfassung auch den internationalen Menschenrechtsverträgen. Die Bundesregierung ist menschenrechtlich in der Pflicht und darf keine Alleingänge einzelner Landesregierungen zulassen. Vielmehr sollte überlegt werden, wie Länder, die menschenrechtliche Standards missachten, in der neu zu formulierenden 15 a Vereinbarung und beim Finanzausgleich sanktioniert werden können. Mit dieser Vereinbarung tritt der Bund Kompetenzen an die Länder ab, zum Beispiel bei der Mindestsicherung, in der Jugendwohlfahrt, im Gesundheitswesen, in der Pflege oder in der Grundversorgung von Asylwerber_innen.

Bereits 2013 hat der UN-Sozialausschuss Österreich nahegelegt, die Grundversorgung von Asylwerber_innen an die österreichische Mindestsicherung anzugleichen - nun passiert das Gegenteil! Subsidiär Schutzberechtigte sind schon jetzt gegenüber Asylberechtigten beim Bezug der Familienbeihilfe benachteiligt. Wenn eine subsidiär schutzberechtigte Person ihre Arbeit verliert, muss sie das beim Finanzamt melden, damit die Familienbeihilfe eingestellt wird. In der Praxis passiert das aufgrund von Unwissenheit nicht. In der Folge sehen sich die Betroffenen mit hohen Rückforderungen des Finanzamtes konfrontiert, die sie in eine verzweifelte Lage stürzt. Das wirkt sich direkt auf das Wohl der Kinder aus. Ende 2013 gab es in Österreich bereits 13.000 betroffene Personen für 2014 und 2015 liegen noch immer keine Zahlen vor.

Familien, die sich mit dem geringen Einkommen halbwegs eingerichtet haben, können nun ihre Miete nicht mehr zahlen und nicht ausreichend Nahrung für sich und ihre Kinder kaufen. Ausgaben für Gesundheit wie Medikamente oder eine physikalische Behandlung sind nicht mehr leistbar. Ausgaben für die Schule, neue Kleidung oder Schuhe schon gar nicht.

In einem reichen Land wie Österreich ist das ein Skandal und für die Betroffenen ein unüberwindbares Integrationshindernis und ein Angriff auf ihre Menschenwürde. Vielmehr wäre es menschenrechtliche Pflicht der Regierung, Ressourcen zu mobilisieren, um den Empfehlungen des UN-Sozialausschusses nachzukommen.

Lisa Sterzinger, Vorstandsmitglied FIAN Österreich

Um auf die Verschlechterungen und vergessene Probleme in der Mindestsicherung aufmerksam zu machen, protestierte die Armutskonferenz Ende April vor dem Wirtschafts-, Sozial- und Lebensministerium. FIAN Österreich ist Mitglied der Armutskonferenz und bringt sich dort in der Arbeitsgruppe "Soziale Rechte" ein. Unter dem Motto „Wir lassen uns von euch nicht das letzte Hemd nehmen!" richteten Armutsbetroffene und Praktiker_innen aus sozialen Organisationen mit hunderten aufgespannten Hemden den Verhandler_innen. ihren Widerstand gegen eine Politik der sozialen Ausgrenzung aus.

SUBSIDIÄR SCHUTZBERECHTIGTE

Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention muss einer Person gewährt werden, die „aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will". Menschen, die nicht unter diese Definition fallen, können dagegen "subsidiären Schutz" erhalten. Sie müssen zwar nicht in die Heimat zurück, etwa weil ihnen dort Todesstrafe oder Folter drohen oder Bürgerkrieg herrscht. Anders als anerkannte Flüchtlinge bekommen sie zunächst nur eine einjährige Aufenthaltserlaubnis, die nach dem ersten Jahr, alle zwei Jahre verlängert werden kann.

FIAN INDONESIEN

FIAN BEKOMMT ZUWACHS!

Die FIAN-Familie wächst! Im Januar 2016 haben wir nun auch in Indonesien Wurzeln geschlagen. In Indonesien sind zurzeit 19 Millionen Menschen von Hunger betroffen. Während die Mehrheit der 255 Millionen Bewohner_innen in ländlichen Gebieten lebt und im ländlichen Sektor arbeitet, haben 16 Millionen Kleinbäuer_innen keinen Zugang zu Land und anderen Mitteln zur Nahrungsproduktion. "Obwohl das Recht auf Nahrung und Ernährung in der indonesischen Verfassung verankert ist, wird es weder von der Bevölkerung wahrgenommen noch ist sich der Staat seiner Pflichten bewusst" sagte Indonesien Obfrau von FIAN Lakshmi Savitri.

FIAN Indonesien befürchtet, dass die Zahl der Hungernden nach der Unterzeichnung von Freihandelsabkommen wie Trans Pacific Partnership (TPP) und ASEAN Economic Community steigen und Land Grabbing im hohen Maße zunehmen wird. Diese Befürchtung beruht auf der Beobachtung, dass sich die bisher von Indonesien unterzeichneten Freihandelsabkommen negativ auf die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung ausgewirkt haben. FIAN wird daher gebraucht, um den Staat an seine Pflichten zu erinnern und zur Verantwortung zu ziehen.

FIAN Indonesien ist bereits das vierte Büro in Asien, neben Indien, Nepal und den Philippinen.

Jasmine Adu-Atwere, Praktikantin FIAN Österreich

NEUE GENERAL-SEKRETÄRIN: SOFÍA MONSALVE SUÁREZ

FIAN IN NEUEN HÄNDEN

Seit 16 Jahren ist Sofía Monsalve Suárez Teil des FIAN International Teams, kürzlich noch Koordinatorin für das Programm Zugang zu ländlichen und natürlichen Ressourcen. Sie spielte eine wichtige Rolle bei der Etablierung gemeinsamer Plattformen ländlicher sozialer Bewegungen und förderte die Beteiligung der Zivilgesellschaft an entscheidenden Verhandlungen im FAO-Welternährungsrat. Im Januar 2016 übernahm Sofía Monsalve Suárez die Nachfolge des bisherigen Generalsekretärs Flavio Valente.

In ihrer neuen Rolle wird Sofía Monsalve Suárez „die Organisation noch näher an ihre Mission und Vision bringen, Menschen bei ihren Kämpfen um ihr Menschenrecht auf angemessene Nahrung und Ernährung im Einklang mit der Unteilbarkeit der Rechte zu unterstützen", so FIANs Präsidentin Anita Klum zur Zukunft der Organisation.

Wir bedanken uns bei Flavio Valente für die hervorragende Arbeit, die er geleistet hat, den Einfluss von Konzernen auf Ernährungspolitik öffentlich zu machen. Er wird seine Arbeit bei FIAN International fortsetzen und mit seinem Wissen und seiner Erfahrung die Fallarbeit und Organisationsentwicklung bei FIAN stärken.

Jasmine Adu-Atwere, Praktikantin FIAN Österreich

Ich unterstütze FIAN und möchte:

- ☐ unverbindlich für ein Jahr Informationen per Post erhalten.
- ☐ regelmäßig Informationen per E-Mail erhalten.
- ☐ mich mit anderen Aktivist_innen engagieren.
- ☐ das FOODFirst Magazin abonnieren.
  (3/Jahr, 15 €, für Mitglieder kostenlos)
- ☐ FIAN-Mitglied werden.
  Mein jährlicher Beitrag soll sich belaufen auf:
  - ○ 52 €
  - ○ einen ermäßigten Beitrag € .....
  - ○ erhöhten Beitrag € .....
  - ○ und eine Einzugsermächtigung einrichten.
- ☐ die Arbeit von FIAN
  - ○ einmalig ○ monatlich ○ jährlich
    mit € ..... unterstützen.
  - ○ und eine Einzugsermächtigung einrichten.

Name .....

Organisation .....

Straße .....

PLZ/Ort .....

E-Mail .....

Datum/Unterschrift .....

An
FIAN Österreich
Schwarzspanierstraße 15/3/1
1090 Wien

Ausfüllen, abtrennen und versenden
oder faxen an: 01 23 50 239 20 oder mailen an: office@fian.at

WER STECKT HINTER FIAN? MITGLIEDER ZEIGEN IHR GESICHT!

„Ich unterstütze die Arbeit von FIAN, weil sie sich abseits ideologischer Prämissen für die Umsetzung des Rechts auf Nahrung einsetzt. Für mich ist dabei wichtig, dass FIAN Kommunikationshelferin auf allen betroffenen Ebenen ist: Kleinbäuer_innen, Landlose, Bäuer_innenverbände, NGOs, Staaten, TNCs und Internationalen Organisationen. Eine persönliche Herzensangelegenheit ist mir die Wiederherstellung des Saatgut-Kreislaufs, der durch wirtschaftliche Partikularinteressen vielerorts zerstört wurde, der jedoch Voraussetzung für selbstbestimmte Ernährung und den Biodiversitätserhalt ist."

Helmar Böhnlein, Politikwissenschaftler und Berater.

Möchten Sie in die nächste Ausgabe?
Melden Sie sich bei linnea.richter@fian.at

Impressum

FIAN Österreich Magazin 1/2016

Herausgeber_in
FIAN Österreich
Schwarzsspanierstr. 15/3/1, 1090 Wien
Tel. 01-2350 239, Fax 01-2350 239-20
E-Mail: office@fian.at
Internet: www.fian.at FIANoesterreich
ZVR: 937 480 634

Redaktion Linnéa Richter, Brigitte Reisenberger und Jasmine Adu-Atwere

Layout Jörg Grubmüller, Linnéa Richter
Druck
Atlas Druck, 2203 Großebersdorf
Gedruckt auf zertifiziertem Umweltpapier.

Fotos
Titelseite: FIAN Österreich, S.2-6 FIAN Österreich; S7 Golman Environmental Prize; S.8 FIAN International, S9 Agence Media Prod, S.10-12 FIAN Österreich, S.13 Arche Noah, S.15 Armutskonferenz, S.16 FIAN International, S. 17 Helmar Böhnlein

Ausgabe
Erscheinungsdatum: Juni 2016
Erscheinungsort: Wien, Verlagspostamt A-1090 Wien

Magazin für Mitglieder kostenlos
Abopreis 15 €, Förderabo 30 €

Spendenkonto
FIAN Österreich
IBAN: AT73 2011 1294 1590 3600
BIC: GIBAATWWXXX

GEFÖRDERT DURCH DIE
ÖSTERREICHISCHE ENTWICKLUNGS ZUSAMMENARBEIT

Gefördert durch die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit. Die hier vertretenen Standpunkte geben die Ansicht der

INT. MENSCHENRECHTS ORGANISATION FÜR DAS RECHT SICH ZU ERNÄHREN

Weltweit werden Menschen durch die vorherrschenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Strukturen systematisch daran gehindert, ihr Menschenrecht auf Nahrung durchzusetzen. FIAN setzt sich als internationale Menschenrechtsorganisation dafür ein, dass alle Menschen frei von Hunger sowie in Würde leben und sich eigenverantwortlich ernähren können. FIAN tut das auf Basis internationaler Menschenrechtsabkommen, insbesondere des Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte.

Mit 19 Sektionen und Koordinationen und Mitgliedern in 50 Ländern ist FIAN weltweit präsent. Seit 25 Jahren wirkt die Arbeit von FIAN lokal, national und auf internationaler Ebene. Als FIAN Österreich zeigen wir die Mitverantwortung der österreichischen Politik und Unternehmen am weltweiten Hunger auf. Von ihnen fordern wir bei Verletzungen des Menschenrechts auf Nahrung Rechenschaft ein. FIAN engagiert sich in konkreten Fällen vor Ort. Gleichzeitig setzen wir uns für politische Rahmenbedingungen ein, die Menschenrechte zum Maßstab haben.

FIAN Österreich
Schwarzspanierstraße 15/3/1
1090 Wien